



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 16.07.2012

STEUERGESCHENKE FÜR ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIE

BUNDESREGIERUNG LEGT VORSCHLAG FÜR NEUREGELUNG DES SPITZENAUSGLEICHS VOR

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) kritisiert die Pläne der Bundesregierung für eine Neuregelung des Spitzenausgleichs bei der Energie- und Stromsteuer. Monatelang hatte sich die Regierung nicht einigen können. Jetzt hat sich das Wirtschaftsministerium durchgesetzt: Die klimaschädliche Steuervergünstigung soll weiter gewährt, neue Auflagen für die Industrie aber auf ein Minimum reduziert werden.

Zum Gesetzentwurf, der am Freitag veröffentlicht wurde, kommentiert FÖS-Geschäftsführer Damian Ludewig: **„Nach der Mövenpick-Steuer hatte man eigentlich gehofft, die Zeit schwarz-gelber Klientelpolitik sei vorüber. Bei der Neuregelung des Spitzenausgleichs übernimmt die Bundesregierung nun fast eins zu eins die Vorschläge des BDI.“** Dabei habe das federführende Finanzministerium ursprünglich einen vernünftigen Vorschlag gemacht, der angemessen zwischen Interessen der Industrie und dem Klimaschutz vermittelt hätte. Der jetzt vorgelegte Entwurf schütze einseitig die Interessen der Industrie.

Die gegenwärtige Regelung zum Spitzenausgleich für energieintensive Betriebe läuft Ende des Jahres aus. Durch den Spitzenausgleich werden momentan rund 20.000 energieintensive Betriebe um jährlich ca. 2 Milliarden Euro bei der Energie- und Stromsteuer entlastet. Eine Verlängerung muss von der EU-Kommission genehmigt werden. Dafür macht sie Gegenleistungen der Industrie bei Effizienzmaßnahmen zur Bedingung. Der Entwurf des Finanzministeriums forderte von den Unternehmen den individuellen Nachweis konkreter Energieeinsparungen. Durchgesetzt hat sich nun das Wirtschaftsministerium: Statt konkreter Ziele soll eine allgemeine Effizienzvereinbarungen zwischen Regierung und Industrie geschlossen werden.

„Diese Regelung ist unzureichend“, erklärt Damian Ludewig. **„Voraussetzung für die Steuervergünstigung sollte eine ambitionierte und überprüfbare Gegenleistung sein.“** Nach dem jetzigen Entwurf bekomme die energieintensive Industrie ein großzügiges Steuerprivileg auch weiterhin gewährt, ohne durch Effizienzanstrengungen ihren fairen Beitrag zur Energiewende leisten zu müssen.

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-89 02 680)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.

Falls Sie zukünftig keine Pressemitteilungen mehr von uns erhalten möchten, senden Sie uns bitte einfach eine kurze Mail an foes@foes.de mit der Betreffzeile "Presseverteiler abbestellen".